

# Vorlage der Stadt Speyer



Vorlagen-Nr.: 1214/2022

**Abteilung:** Jugendförderung

**Bearbeiter/in:** Baldauf, Bettina

**Haushaltswirksamkeit:**  nein

ja, bei

Produkt: 36310

Investitionskosten:  nein

ja

Betrag:

Drittmittel:  nein

ja

Betrag: 22.950,00 €

Folgekosten/laufender Unterhalt:  nein

ja

Betrag: ca. 50.000,00 €

Im laufenden Haushalt eingeplant:  nein

ja

Fundstelle:

Betroffene Nachhaltigkeitsziele:



| Beratungsfolge       | Termin     | Behandlung | Beratungsstatus  |
|----------------------|------------|------------|------------------|
| Jugendhilfeausschuss | 28.09.2022 | öffentlich | Beschlussfassung |

**Betreff: Neueinrichtung einer weiteren Stelle „Schulsozialarbeit,, an der Johann-Joachim-Becher-Schule, Berufsbildende Schule Speyer**

## Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss folgenden

### **Beschluss:**

Zum 01.01.2023 wird an der Johann-Joachim-Becher-Schule, Berufsbildenden Schule Speyer, eine weitere Stelle Schulsozialarbeit im Umfang von 0,75 VZÄ unbefristet eingerichtet. Die Trägerschaft wird vorbehaltlich der Förderung durch das Land Rheinland-Pfalz den Diakonissen Speyer übertragen.

Die notwendigen finanziellen Mittel sind vom FB4 der Stadtverwaltung Speyer in den Haushalteinzubringen. Die Landeszuweisung ist frist- und formgerecht seitens der Verwaltung beim Land Rheinland-Pfalz zu beantragen.

## Begründung:

Das Land Rheinland-Pfalz hat ab Juli 2022 Fördergelder für weitere Schulsozialarbeiterstellen an ausgewählten berufsbildenden Schulen in seinen Haushalt eingestellt. Die Johann-Joachim-Becher-Schule, Berufsbildende Schule Speyer, erhält die Möglichkeit, eine weitere Stelle Schulsozialarbeit einzurichten, da sie mit der Anzahl von 8 Klassen im Berufsvorbereitungsjahr weit über dem Durchschnitt der berufsbildenden Schulen im ganzen Bundesland liegt. Gerade während der Pandemie sind junge Menschen mit schwierigen Startchancen extrem benachteiligt: Depressionen, Ängste, Vermeidungsverhalten, Schulabsentismus und -angst, etc. sind die Folgen. Hinzu kommen die vielfältigen Unterstützungsbedarfe der geflüchteten jungen Menschen aus der Ukraine, die auf Sprachförderung und engmaschige Betreuung in unserem Schulsystem angewiesen sind. Zur Abdeckung dieses umfangreichen Bedarfs soll die Versorgung mit Schulsozialarbeit um eine weitere 0,75-Personalstelle ausgebaut werden, damit besonders benachteiligte junge Menschen kleinschrittig und eng im Übergang Schule und Beruf begleitet werden können.